

Solidarität mit unseren Freizeitpädagog:innen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für den Erhalt der Freizeitpädagogik aus.

Begründung

Die seit über 10 Jahren bestehende gute Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Freizeitpädagog:innen, könnte durch ein Vorhaben der Regierung dramatisch verschlechtert werden. Denn man will sogenannte „Assistenzpädagog:innen“ schaffen und verstärkt auf sie im regulärem Schulbetrieb zurückgreifen. Damit einhergehend sollen Kompetenzen und Gehälter der Pädagog:innen beschnitten werden. Das Problem: Diese Assistent:innen erhalten weniger Ausbildung und weniger Geld. Gleichzeitig sind die Hürden größer, den Beruf zu ergreifen.

Um den Bedarf in ganztägig geführten Schulen zu decken, hatte man vor 10 Jahren die Berufsgruppe der Freizeitpädagog:innen eingeführt. Sie haben eine etwa einjährige Ausbildung und gestalten die Freizeit- und Bewegungseinheiten während des Schultages. In geblockten Ganztagschulen finden diese Einheiten am Nachmittag statt, in der verschränkten Ganztagschule sind sie über den Tag verstreut und wechseln sich mit Schulfächern ab. Freizeitpädagog:innen erarbeiten sich eigene Vermittlungsmethoden, halten Workshops für die Kinder und Jugendlichen, organisieren Ausflüge, bereiten Spiele oder Bewegungseinheiten vor. So können die Kinder den Tag in Gemeinschaft verbringen, erhalten Impulse und Abwechslung. Brauchen die Schüler:innen hingegen beim Lernen oder bei den Hausaufgaben Hilfe, dann sind die Lehrer:innen für sie da.

Die Freizeitpädagog:innen befürchten, dass ihre Berufsgruppe durch die neue geplante Berufsgruppe der „Assistenzpädagog:innen“ Verschlechterungen erleiden wird – und damit auch die Betreuung der Schüler:innen. Die Hürde für die Ausbildung für die Assistenzpädagogik ist höher – denn man braucht eine Matura. Gleichzeitig wird die Ausbildungsdauer halbiert. Nach nur einem Semester sollen die Assistenzpädagog:innen an die Schulen kommen. Dort werden sie Lehrer:innen unterstellt – sollen aber zugleich für die Lerneinheiten herangezogen werden.

Wie das Regierungs-Vorhaben den Lehrkräftemangel lindern soll, bleibt unklar. Denn der Zugang zur Ausbildung ist schwieriger, die Ausbildung wird in der Qualität halbiert. Und das Gehalt wohl gleich mit.